



Interviews

Datum: 12. April 2023

Boris Mijatovic, Bündnis 90/Die Grünen, stellvertretender Vorsitzender deutsch-chinesische Parlamentariergruppe im Gespräch mit Tobias Armbrüster

Tobias Armbrüster: Es wird in diesen Tagen eine Menge gesprochen über China und Taiwan und über die mögliche Rolle Europas in diesem Konflikt. Angefacht wurde die ganze Debatte vom französischen Präsidenten, von Emmanuel Macron. Der hatte in den vergangenen Tagen mehrfach signalisiert, dass er eine ganz eigene Vorstellung vom europäischen Umgang mit China hat. Die EU, sagt er, müsse sich unabhängig machen von China und auch von den USA, und viele sagen an diesem Punkt, mit solchen Worten treibt der französische Präsident einen Keil in das westliche Bündnis.

Wir können darüber jetzt sprechen mit Boris Mijatovic. Er ist der stellvertretende Vorsitzende der deutsch-chinesischen Parlamentariergruppe und Bundestagsabgeordneter der Grünen. – Schönen guten Morgen!

Boris Mijatovic: Schönen guten Morgen, Herr Armbrüster!

Armbrüster: Herr Mijatovic, hat Macron recht?

Mijatovic: In welcher Hinsicht? – Herr Macron ist ein fantastischer Präsident in Frankreich. Er hat innenpolitisch eine ganze Reihe Aufgaben. Außenpolitisch hat er hier in zweifacher Hinsicht für Missverständnisse gesorgt, die jetzt auch breit diskutiert werden. Ich glaube, Europa ist gut beraten, sich auf seine Werte zu berufen und die auch nach außen stark zu vertreten. Ich glaube, das hat Herr Macron in den letzten Tagen etwas vermissen lassen.

Armbrüster: Aber ist da nicht möglicherweise etwas dran, dass Deutschland, die EU oder vielmehr Europa viel zu leicht den USA folgt, möglicherweise auch folgen würde in einem Krieg rund um Taiwan?

Mijatovic: Das wäre ja nicht neu. Das ist ja etwas, was wir seit 60, 70 Jahren sehr eng betreiben. Das transatlantische Bündnis ist etwas, was nichts mit folgen und wer da wem folgt zu tun hat, sondern eine enge Partnerschaft bedeutet ja nicht, dass man automatisch Abhängigkeiten schafft.

Nein, im Gegenteil. Es geht darum, dass wir gegenüber China und vor allen Dingen der Kommunistischen Partei in China eine klare Haltung einnehmen, eine klare Haltung in handelspolitischen Fragen, in menschenrechtlichen Fragen, in Fragen des Selbstbewusstseins. Als europäischer Markt sind wir einer der größten Märkte der Welt und können auch Umwelt- und Arbeitsschutzstandards setzen und ich glaube, darauf kommt es an.

Armbrüster: Wie sollen wir dann Haltung zeigen?

Mijatovic: Indem wir zum Beispiel bei internationalem Recht deutlichmachen, dass wir das nicht als Rosinenpickerei betrachten, so wie die Kommunistische Partei das sich erlaubt. Gerade im Südchinesischen Meer sind eine ganze Reihe offener Fälle am internationalen Seerecht vorhanden, die deutlichmachen sollten, dass China sich an internationales Recht halten muss und nicht das dehnen kann, wie es gerade beliebt.

Armbrüster: Haben Sie den Eindruck, spielt denn das internationale Recht, wenn es wirklich hart auf hart kommt, für das Regime in Peking tatsächlich eine Rolle?

Mijatovic: Nein, eben nicht, und da vermisse ich eine gemeinsame Haltung, im Übrigen eine, die uns in Europa eint. Gerade wenn ich unsere mitteleuropäischen Freunde anschau, vom Baltikum über die Visegrád-Staaten, ist das etwas, was uns interessieren muss. Gerade auch Europa hat in den letzten Jahrzehnten deutlichgemacht, dass internationales Recht die Grundlage für Frieden ist, und wenn man das mit Füßen tritt, läuft man Gefahr, der Aggression Vorschub zu leisten.

Armbrüster: Wenn Sie da so deutliche Worte finden, wieso ist dann gerade Deutschland und diese Bundesregierung, ich sage mal, nicht ganz klar eindeutig in ihrer Position, was China betrifft? Eine grundsätzliche Strategie dazu steht ja seit Monaten aus, ist noch nicht formuliert. Außerdem unterhält Deutschland nach wie vor auch noch so etwas wie deutsch-chinesische Regierungskonsultationen.

Mijatovic: Bundeskanzler Scholz war ja im November selber in China und hat dort auch Fragen angesprochen in den Provinzen Xinjiang, in Hongkong, die Entwicklung in der Straße von Taiwan. Er hat dort deutliche Worte gefunden und hat auch Kritik bekommen für seinen Besuch – ungünstiger Zeitpunkt, all das, was jetzt auch Herrn Macron begegnet. Ich glaube, der europäische Rahmen ist hier erneut verlassen worden von Herrn Macron und wir müssen uns mit unseren 26 Partnern und Mitgliedsstaaten in Europa zusammensetzen und überlegen, wie wir diese gemeinsamen Werte auch international vertreten können, übrigens auch welche, die wir transatlantisch einfordern können, was das internationale Strafrecht zum Beispiel angeht.

Armbrüster: Jetzt ist Ihre Parteifreundin Annalena Baerbock heute auf dem Weg nach Peking. Was sollte sie als Botschaft mitbringen?

Mijatovic: Sie sollte starkmachen, wofür Europa steht, Umweltstandards, Arbeitsschutzstandards, dass man hier auch entsprechend deutlich wird, was internationales Recht angeht, und vor allen Dingen auch die Aggression verurteilen, die gerade immer noch in der Ukraine tobt. Der russische Angriffskrieg ist etwas, was China nicht stark genug verurteilt, wo tatsächlich die Zusammenarbeit der Kommunistischen Partei mit Moskau zu verurteilen ist, und das muss man ansprechen, damit man entsprechend auch Glaubwürdigkeit behält.

Armbrüster: Herr Mijatovic, dann lassen Sie uns noch auf diesen Konflikt rund um Taiwan schauen. Wir hatten dort das chinesische Militärmanöver in den vergangenen Tagen. China lässt in diesem Konflikt immer wieder die Muskeln spielen und es gibt viele Experten überall auf der Welt, die sagen, ein Krieg rund um Taiwan, ein chinesischer Angriff auf diesen Inselstaat könnte durchaus möglich sein. Wäre Deutschland auf so ein Szenario vorbereitet?

Mijatovic: Ist die Welt auf ein solches Szenario vorbereitet? – Wir reden von den, ich glaube, 20 wichtigsten Wirtschaftsnationen der Welt. Die Bedeutung für die Halbleiterindustrie ist allorten bekannt. Ich glaube, zwei Drittel aller Chips werden in Taiwan produziert, übrigens auch auf dem chinesischen Festland mit taiwanesischem Geld. Es ist tatsächlich ein Konflikt, der die Weltwirtschaft insgesamt in einen Strudel reißen würde, und das ist etwas, was nicht nur die Menschen in Taiwan beängstigt, sondern was die ganze Welt zusammenschweißen muss, dass eine solche Entwicklung nicht förderlich ist.

Armbrüster: Ich frage jetzt allerdings Sie als Bundestagsabgeordneten, als Politiker einer der Regierungsparteien. Ist Deutschland auf so eine Entwicklung vorbereitet, oder könnte es sein, dass wir im Fall des Falles wieder so etwas erleben wie beim russischen Angriff auf die

Ukraine, wo plötzlich am nächsten Tag alle sagen, oh, das haben wir so nicht kommen gesehen und jetzt müssen wir ganz schnell unsere gesamte Politik umstellen?

Mijatovic: Die Warnbojen sind deutlich und man kann sich vorbereiten, aber man kann sich nicht auf alle Eventualitäten vorbereiten. Schauen Sie, ein Szenario in Taiwan reicht von Blockade bis zum Einmarsch. Das können Sie nicht planen. Die Entwicklungen dort sind auch nicht berechenbar. Von daher glaube ich schon, ja, wir sind auf bestimmte Dinge vorbereitet, aber Sie können dann auch nicht mehr reagieren, wenn Ihnen die Halbleiterindustrie komplett wegbricht.

Armbrüster: Wie abhängig ist Deutschland denn immer noch wirtschaftlich von China?

Mijatovic: Wir haben 30 Jahre lang Globalisierung betrieben. Ich glaube, die Verflechtungen in der Welt waren auch Teil unserer Außenhandelsdoktrin. Von daher ist die Abhängigkeit ja nichts Negatives. Sie ist erst mal ein Zeichen für wirtschaftliches Miteinander. Dass wir uns jetzt von fossilen Brennstoffen freimachen, hat ja auch was mit Klimaschutz zu tun und nicht nur mit Abhängigkeiten. Natürlich gibt es Abhängigkeiten von der chinesischen Wirtschaft, aber es gibt auch anders herum Abhängigkeiten Chinas von der Welt und der Weltwirtschaft, und genau darum geht es auch in den Debatten, die in den kommenden Tagen anstehen.

Armbrüster: Wäre Deutschland denn zur Not bereit, diese wirtschaftlichen Verflechtungen zu kappen?

Mijatovic: Das ist keine Frage, die im Raum steht. Die Frage ist, ob China bereit ist, diese Verflechtungen aufs Spiel zu setzen, um eine Insel zu erobern. Ich glaube nicht, dass das der Fall ist.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.